

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Кирочная, № 25, Lokal des 3.-К-8.
Sprechstunden von 6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends.

Mittwoch—Sonnabend.

Bezugspreis: 9 Rbl. vierteljährlich. Anzeigen:
die 2-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 14.

Tiflis, den 7. April. (20. April.) 1918.

10. Jahrgang.

== Jugend-Verein. ==

Sonntag, den 8. April:

„Alarmiert“

Schwank in 1 Aufzuge.

Tanz und Theat.

Eintritt für Mitglieder: frei, Gäste zahlen 75 Kop.

Anfang 7 Uhr.

Der Vorstand.

Dr. Emma Rolloff.

Kinderkrankheiten

Von 5 bis 6 Uhr täglich, ausser Sonntagen.
(Великовязжеская, 85.)

20—8

Zur Lage.

Wir haben in der vorigen Nummer unseres Blattes die Stellungnahme der „Ertoba“, als des Sprachrohrs der einflussreichsten Partei im transkaukasischen Landtag, nämlich der Sozial-Demokraten („Menschewiki“), und mithin auch des einflussreichsten Teils unserer derzeitigen Regierung, zur Frage über die Mittel und Wege, welche zu wählen wären, um Transkaukasien aus der misslichen politischen Lage, in die es durch das kriegerische Vorgehen der Türkei in den Grenzgebieten unseres Landes und das unzufriedigende Ergebnis der Unterhandlungen in Trapezond geraten ist, herauszubringen, mit dem Vorbehalt wiedergegeben, daß wir mit ihrer, der „Ertoba“, Auffassung nicht einverstanden sind und uns vorbehalten, in der nächsten Nummer unseren Standpunkt in der nämlichen Frage zu kennzeichnen.

Inzwischen hat bereits eine ganze Reihe von örtlichen Presseorganen verschiedenster National- und Parteizugehörigkeit ihre von der „Ertoba“ abweichende Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage Transkaukasiens und ihrer möglichen weiteren Entwicklung dargelegt, und dadurch dürfte als bewiesen zu betrachten sein, daß auch in sonstigen Kreisen der Bevölkerung die Meinungsäußerung des vielfach als „Regierungsorgan“ betrachteten, obengenannten Blattes nicht nur nicht als bis zu einem gewissen Grade maßgebend erachtet wird, sondern — im Gegenteil — als, weil von falschen Voraussetzungen ausgehend, vollends irrig verworfen wird. Wir sind leider wegen Raumangel der Möglichkeit beraubt, diese Äußerungen der öffentlichen Meinung wiederzugeben, und müssen uns daher damit begnügen, bloß ihr Vorhandensein zu betonen, um bei unseren Lesern nicht die Befürchtung aufkommen zu lassen, als ständen wir mit unserer Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage Transkaukasiens und der Richtung, in welcher sich die Lösung der eingetretenen Krisis bewerkstelligen ließe, vereinzelt da. Es dürfte außerdem kaum zu erwar-

ten sein, daß sich der Landtag in seinen weiteren Verhandlungen den Ausführungen und Ratschlägen der „Ertoba“, wenigstens nicht in der Mehrzahl seiner Mitglieder, anschließen wird.

Doch gehen wir zur Sache über! Es steht unabwieslich fest, daß auf einen erfolgreichen Ausgang des Krieges mit der Türkei, sollte er wirklich ernstlich in Aussicht genommen sein (der Beschluß des Landtags vom 31. März könnte im Falle seiner Nachprüfung auch verändert, wenn nicht gar ganz aufgehoben werden), unter den gegebenen Verhältnissen für Transkaukasien nicht zu rechnen ist. Die zur Führung eines mehr oder weniger Erfolg versprechenden Krieges nötigen Bedingungen sind leider nicht vorhanden. Vor allem fehlt es an der entsprechenden Stimmung im Lande, wenn man von dem Hurra! gewisser Leute absieht, die vor lauter „Begeisterung“ für die Idee des von ihnen allerorten in flammenden Reden angepriesenen „Kampfes auf Leben und Tod“ oder, wie sie sagen: „bis zum letzten Blutstropfen“ die Wirklichkeit vollständig übersehen und sich nicht einmal die Mühe geben zu wollen scheinen, über die Schwelle ihres Bewußtseins auch nur eine Klasse Vorstellung des Elends treten zu lassen, welches der Krieg an und für sich schon Land und Leuten bereitet, die von ihm betroffen werden, ganz zu schweigen von dem noch weit größeren Elend, das ein Krieg mit der Türkei und insbesondere ihren irregulären Truppen, den berüchtigten Kurden, heraufbeschwören würde. Wir alle sind des Krieges satt und warten mit sich von Tag zu Tag steigender Ungebuld auf sein Ende. Unsere Nerven halten letztere nicht mehr aus. Und da heißt es mit einem Male: der Krieg bricht von neuem aus! Das verhöte Gott! so denkt ein jeder von uns bei sich, wenn auch nicht ein jeder den Mut hat, es offen auszusprechen. Nein, sagen wir es nur ehrlich heraus: Stimmung für den Krieg ist unter uns nicht zu finden, und es müßte ein Wunder geschehen, sollte sie plötzlich in das Gegenteil umschlagen. — Aber selbst wenn die erforderliche Stimmung da wäre, so nützte sie uns wenig; denn wir sind auch materiell für einen neuen Krieg nicht vorbereitet. Wir haben kein Geld, keinen Kredit! Wir haben keine Provisioren! Wir haben keine Ausrüstung für die an die Front zu beordernden, neuformierten und größtenteils erst noch zu formierenden Truppenteile. Wir haben nicht genügendes Kriegsmaterial. Mit einem Wort: wir haben genau genommen nichts von alledem, was wir haben müßten, um Krieg zu führen. Wir haben nur eins: den Feind vor uns, der, so schwach er uns auch erscheinen mag, immerhin mehr hat, als wir, und nötigenfalls mehr bekommen kann, als wir, und zwar von seinen Bundesgenossen, deren Überlegenheit über die Mehrzahl der Gegner (und ihrer sind bekanntlich nicht wenig) in jeder Hinsicht nun, nach den dreiundeinhalb Jahren Krieg, von niemand mehr bestritten werden dürfte, außer von Leuten, die blind zu sein scheinen, weil sie nicht sehen wollen.

Bundesgenossen! Ja, die haben wir erst recht nicht. Die „Bolschewiki“? Gewiß, es gibt Quasi-Politiker, wenn es nicht ins-

geheim Agenten für gewisse Bestrebungen gewisser politischer Kreise sind, welche gerade des Gegenteil von dem zuwege zu bringen versuchen, was die ehrlich nach Selbständigkeit strebenden Völkerschaften auf dem Kaukasus haben wollen, „Politiker“, die uns ein Bündnis mit den „Bolschewiki“ gar nicht warm genug anempfehlen können, d. h. mit Leuten (wir können sie nicht mal als Partei bezeichnen), die, außer wenigen Fanatikern der von ihnen vertretenen äußersten sozial-politischen Theorien, zu den schlechtesten Elementen der russischen Gesellschaft gerechnet werden müssen; und welche die übrige, sittlich und geistig höher stehende Gesellschaft mundtot, wenn nicht buchstäblich tot gemacht hat. Der Greuel Russlands — unsere Bundesgenossen! Kürzweil — kein schlechter Vorschlag zu unserem Verderben, im besten Falle ein Vorschlag geistig nicht mehr normaler Menschen, die natürlich für ihren „guten Rat“ nicht verantwortlich gemacht werden können, mit dem man dafür aber auch unter keinen Umständen rechnen soll, so lange man selbst noch Herr seiner fünf Sinne ist. — Die Auffassung aber (sie wird neuerdings den „Bolschewiki“ von gewissen Kreisen zugeschrieben), als habe der „Bolschewismus“ seinen bisherigen Charakter (Umsturz der bestehenden sozialpolitischen Ordnung um jeden Preis, zwecks Einbürgerung des äußersten Sozialismus) schon gemodelt und sei zurzeit der Vorläufer der allerorts ersuchten Wiedervereinigung des auseinandergefallenen Russland und zwar, wie behauptet wird, zu einem Staat mit gemäßigter demokratischer oder, im schlimmsten Falle, gemäßigter bürgerlich-konstitutioneller Verfassung, diese Auffassung entbehrt jeglicher Begründung; Herren der Lage bleiben vorläufig die Bolschewiki, die nicht nur in Russland, sondern auch bei uns (Baku, Sjachum) ihre „Vereinigungspolitik“ unter dem Szepter des selbstherrlichen Lenin-Uljanow (hier — seines Nachtreters Schamjan), mit Ausschaltung aller anders gesinnten Kreise und Personen, in ihrer früheren Weise durchzuführen. Imperialisten eigener Art sind die „Bolschewiki“, nichts weiter, und können daher weder Russland, d. h. dem demokratisch gesinnten, noch uns, Transkaukasien, erwünscht sein. Ihre Politik ist nicht dazu angetan, die durchbrochene allgemein-russische demokratische Front wiederherzustellen, und erst recht nicht eine solche Front (sie hat, im Grunde genommen, längst zu existieren aufgehört) neu zu schaffen.

Wer also das Bündnis mit den „Bolschewiki“ um der Wiedervereinigung Transkaukasien mit Russland willen empfiehlt, hegt entweder die Absicht, uns auf diesem Umwege der selbstherrlichen Gewalt des großrussischen Imperialismus wieder zu überliefern, oder die Absicht, die Selbstbestimmung der transkaukasischen Völkerschaften sonstige zu hintertreiben. Für die Verwirklichung derartiger Pläne ist aber der mohammedanische Teil der Bevölkerung Transkaukasien unter keinen Umständen zu haben. Der Versuch einer Wiederherstellung der russischen Selbstherrlichkeit auf dem Kaukasus müßte also notgedrungen zur Abplitterung des östlichen Transkaukasien von seinem Westen und damit zugleich zu dem Zerfall der in der Bildung begriffenen transkaukasischen Republik führen. Aber auch der grusinische Teil der Bevölkerung Transkaukasien dürfte für die Wiederherstellung des früheren großrussisch-selbstherrlichen Regimes nicht zu haben sein, wenigstens nicht in der breiten Masse, einfach aus Selbsterhaltungstrieb, und daher ist der „Bolschewismus“ sogar unter dem Gesichtswinkel der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Transkaukasien mit Russland von vornherein zu verwerfen.

Die Hilfe Englands und Frankreichs, als Bundesgenossen des nicht-bolschewischen Russland (mit dem Bolschewismus wollen auch sie nichts zu tun haben), käme aber in absehbarer Zeit für Transkaukasien überhaupt nicht in Betracht, da ein flüchtiger Blick auf die Geographiekarte genügt, um uns davon zu überzeugen, daß eine tatsächliche (nicht ausschließlich ideelle) Unterstützung seitens dieser

Staaten ausgeschlossen erscheint, es sei denn, daß sie es fertig bringen, uns die erforderlichen Mannschaften und das nötige Kriegsmaterial auf dem Lufwege zuzustellen.

Wenn wir aber, gemäß den obigen Erwägungen, außerstande sind, den Krieg mit der Türkei fortzuführen, und auf keine der erwähnten Mächte, einschließlich des „Bolschewismus“, bei dem weiteren Ausbau unserer politischen Selbständigkeit rechnen dürfen, so verbleibt uns nur noch der eine Weg zur Rettung: Die Friedensverhandlungen mit der Türkei fortzusetzen, unter Mitwirkung der zentral-europäischen Großmächte, d. h. in erster Linie Deutschlands, die unmittelbar anzurufen unsere Regierung durch Landtagsbeschluß verpflichtet werden sollte, ehe es dazu zu spät sein würde, und das umso mehr, als die türkische Friedensdelegation in Trapezond in ihrer letzten Note an unsere Friedensdelegation, freilich erst nach langem Zögern, ihre Bereitwilligkeit dazu ausgedrückt hat, soweit wir unterrichtet sind, die weiteren Verhandlungen über den abzuschließenden Frieden unter Mitwirkung der (türkischen) Bundesgenossen zu führen, um dem Verdacht unererseits zu begegnen, als könnte die Türkei ohne die Gegenzeichnung des zu stipulierenden Friedensvertrags seitens jener ihre Absichten auf kaukasisches Gebiet weiter ausdehnen, als im Vertrage von Brest-Litowsk vorgesehen ist. Voraussetzung einer solchen Mitwirkung des zentralen Europa an unseren Friedensverhandlungen mit der Türkei wäre natürlich die Selbständigkeitsklärung Transkaukasien in der üblichen formellen Weise, die am besten sofort zu erfolgen hätte, noch ehe die Einmischung der besagten Mächte angerufen würde, oder spätestens dann, wenn gesicherte Aussicht dafür bereits vorhanden wäre, daß diese, in erster Linie wiederum Deutschland, unsere politische Selbständigkeit anzuerkennen gewillt sind und zugleich die Neutralität Transkaukasien für ewige Zeiten, gleich der der Schweiz, garantieren.

Hierzu möchten wir noch bemerken, daß, im Falle der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu der Türkei, Transkaukasien von dem engeren Anschluß an Zentral-Europa in kultureller und politisch-ökonomischer Beziehung entschieden nur gewinnen könnte, und daß der wirtschaftliche Aufschwung des Landes auch die nationalen Bestrebungen der einzelnen, die freie Republik Transkaukasien bildenden Völker fördern helfen würde, daß aber einzuweisen, so lange die erwünschten Verhandlungen mit den in Frage kommenden Mächten noch nicht zu Ende geführt sein würden, Transkaukasien selbstverständlich für die Verteidigung seiner Grenzen Sorge tragen muß, sei es auch mit Aufbietung seiner letzten Kräfte, wobei aber nicht als ausgeschlossen gilt, daß bei Einleitung der Verhandlungen mit den Großmächten Zentraluropas die Türkei durch diese bewegt werden könnte, ihre Feindseligkeiten vorläufig einzustellen.

M u s l a n d.

Im Laufe der letzten sechs Monate, also vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April n. St. 1918, haben die Zentralmächte über 517 tausend Gefangene gemacht; ferner haben sie genommen: 7,246 Geschütze, an 60 000 Maschinengewehre, über 100 Panzerautomobile, 630 gewöhnliche Automobile, 7000 Wagen, 800 Lokomotive, 8000 Waggons, usw. Luftschiffe wurden über 1000 herabgeschlagen.

◆ Eine türkische Nachricht über den Fall Batums jagt u. a., daß die Mannschaften einzelner Forts sich ohne Kampf ergeben, während andere sich sehr mutig verteidigt hätten.

◆ Auf der Reichstags-sitzung vom 28. Februar protestierte der unabhängige Sozialist Haase gegen den deutsch-russischen Frie-



densvertrag, und schloß seine Rede mit den Worten: Unsere heutige Eroberungspolitik werden unsere Kinder mit ihrem Blute bezahlen müssen. In unseren Händen ist ein Kampfmittel — der politische Arbeiterstreik, der imstande sein wird, den deutschen Schutzmann zu besiegen“.

Bekanntlich nähern sich die deutschen unabhängigen Sozialisten (K. Liebknecht, R. Luxemburg usw.) den russischen Bolschewiki, während der Kern der deutschen Sozialisten, mit Scheidemann und David an der Spitze, in seiner Taktik den Menschewiki nahe kommt. Doch unterscheiden sich beide deutschen sozialistischen Strömungen von den entsprechenden russischen durch gemäßigtere und vorsichtigere Haltung.

Die Gruppe Scheidemanns geht mit der Regierung Hand in Hand und hält gegenüber den anderen Parteien des Reichstags den zu Anfang des Kriegs geschlossenen sogenannten „Burgfrieden“ ein. Jedoch gegen den deutsch-russischen Friedensvertrag hat auch die Scheidemannsche Gruppe Protest erhoben.

— Auf dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei wurde das Haupt der englischen Regierung, Lord Georges, einer bitteren Kritik unterzogen, da er nichts für den Frieden tue, sondern nur Fader und Haß säe. Der Kongreß sprach sich für einen Ministerwechsel aus und verlangte einen baldigen demokratischen Frieden.

— Die irländischen Sozialisten berufen eine Beratung ein, auf der zur Verhinderung der von der englischen Regierung beschlossenen Ausdehnung der allgemeinen Militärpflicht auf Irland Mittel und Wege gefunden werden sollen. Aus Dublin, der Hauptstadt Irlands, wird gemeldet, daß der genannte Versuch auf den größten Widerstand Englands stoßen wird.

Inland.

Einige Mitglieder der kaukasischen Friedensdelegation sind in Trapezond geblieben. Die Friedensdelegation hat sich noch nicht alle Wege zur Wiederaufnahme der Verhandlungen abgeknippt. — Es stellt sich heraus, daß auch die Bergvölker des Nordkaukasus ihre Vertreter in Trapezond hatten. Geblieben sind in Batum, angeblich in Parteiangelegenheiten: Garshinskij („Mussawat“), Beshapeli (arabischer Nationaldemokrat), Pepinow (muselmännischer sozialistischer Moch) und die Vertreter des Nordkaukasus.

Am 3. April wollte der in der Türkei allmächtige Enver-Pascha in Trapezond eintreffen und sich mit unserer Friedensdelegation sehen. Die Abreise der Friedensdelegation in ihrem Hauptbestand war für die Türken unerwartet.

— Die bolschewistische Regierung ist eifrig damit beschäftigt, die mobilisierten Fabriken in den Zustand der Friedenszeit zu bringen. Über 600 Fabrikwerke sind bereits demobilisiert und an 400 Arbeiter schon an der Herstellung landwirtschaftlicher Geräte.

— Die Bolschewiki haben Batum mit einer Kontribution von 40 000 000 Rbl. besteuert. Zur Verteilung dieser Summe zwischen den reichsten Einwohnern sind deren Vertreter unter Bedrohung mit strenger Strafe in die Räumlichkeiten der „Käte“ von Batum vorgeladen.

— Die bolschewistische Telegraphenagentur meldet, daß Japan erst nach dem Beschluß der Wladiwostoker Stadtduma über die Notwendigkeit fremder Einmischung in die Angelegenheiten Sibiriens in Wladiwostok seine Truppen ausgepostet hat.

Die englische Regierung versichert die Regierung der Volkskommissare, daß die „Verbündeten“ durch ihre Landung in Wladiwostok keinerlei Eroberungsziele verfolgen.

Bekanntlich gab es in Rußland schon zurzeit der Februarrevolution 1917 eine starke Strömung zugunsten eines sofortigen Friedens. Sie bekamen aber von den Anhängern der Fortsetzung des Krieges immer wieder zu hören, ein sofortiger Friedensschluß würde den Gemmarisch-japanischen Truppen in Sibirien zur Folge haben. Als die Bolschewiki mit Lenin und Trozkij an der Spitze zur Macht gelangten, erklärte Trozkij fastblütig: Wenn Japan rauben wolle, werde es jederzeit rauben, ob wir mit ihm in formellem Bündnis ständen oder nicht.

Im Anfang schickte sich Japan wirklich zu einem Raubzug an. Ob unter dem Druck Amerikas, das keine Verstärkung seiner Konkurrentin auf dem Stillen Ozean zulassen will, ob um Rußland nicht entgültig den Zentralmächten in die Arme zu treiben — aber Japan hat seinen Ton gedämpft. Es ist natürlich schwer zu sagen, ob auf lange. Jedenfalls müßte Japan außer Wladiwostok noch „einige“ Punkte Rußlands besetzen, wenn es leben, Hab und Gut seiner Bürger schützen wollte, wie es vorgibt.

— In einem Kampfe bei Zekaterinodar soll der bekannte General Kornilow samt 8000 seiner Soldaten gefallen sein.

General Kornilow, der letzten Spätsommer, als er Oberbefehlshaber der russischen Heeresmacht war, von der Nordwestfront einige Truppenteile nahm (darunter die „wilde Division“), um nach Petrograd zu gehen, um angeblich die Regierung Kerenskis gegen mögliche Aufstände der Bolschewiki zu schützen, wurde daraufhin bekanntlich in Haft genommen und in Wybow gehalten, wo er das Gerichtsurteil erwarten sollte. Als aber nach einigen Monaten (am 24. Oktober) die Bolschewiki tatsächlich die zeitweilige Regierung mit Kerenskij an der Spitze stürzten, entkam Kornilow und floh, wie so viele andre Männer in seiner Lage, ins Kubangebiet. Hier war er die ganze Zeit teils mit der Organisation eines zuverlässigen Militärs aus Kosaken beschäftigt. Allein die allmächtige Hand der Bolschewiki ereilte ihn auch hier, und nach dem Fall von Nowotscherkassk (s. Nr. 2) mußte er mit einem Häuflein Anhänger ohne Basis operieren. Er tauchte in der letzten Zeit bald da, bald dort auf, und ließ der bolschewistischen Herrschaft im Nordkaukasus seine Nähe. Besonders unsicher machte er den Eisenbahnverkehr, insofern dieser die Bolschewiki bediente. Daher kam es, daß die Bolschewiki auf einzelnen Stationen vielfach Jagd machten auf vermeintliche „Kornilowys“. So brachte der Telegraph am 4. März wieder die Nachricht, daß in Armanvir in diesem Anlaß 15 Grusiner erschossen worden seien.

— In Moskau wird für böhmischeslowenische Angelegenheiten ein besonderes Komissariat gebildet.

Die Landfrage.

VIII.

In Nr. 6 der „K. P.“ erklärte ich, wie überhaupt politische Fragen entstehen, und, im einzelnen, wie die Landfrage entstanden ist. In Nr. 7 einigten wir uns dahin, daß die mögliche Lösung der Landfrage aus den verschiedenen Parteiprogrammen zu entspringen ist. In den Nrn. 9 und 10 setzte ich die Parteiprogramme auseinander und verglich die Resultate der Agrarpolitik mit ihren Bestrebungen.

Um nun den Lesern der „K. P.“ eine möglichst volle Vorstellung von der besprochenen Frage zu verschaffen, muß noch erklärt werden, daß die Sozialisten, außer den bisher erwähnten, noch eine Forderung aufstellen, die eigentlich das Wesen ihres Lands, sowie auch ihres Gesamtprogrammes darstellt.

Das ist die Forderung in bezug auf die Aufhebung des Eigentumsrechts auf Produktionsmittel.

So mancher hört mit Vergnügen, wie dieser oder jener Sozialist sein Programm entwickelt, besonders in nationalen Fragen.

Da, auf einmal vernimmt er die Lösung: Fort mit dem Privateigentumsrecht! Er spitzt etwas die Ohren, lächelt dann etwas vor sich hin und brummt dazu: So schnell schießen die Preußen nicht! Und — kehrt dem Redner den Rücken.

Es ist auch begreiflich — warum: Wir Menschen sind gewöhnt, zuerst das zu sehen, was uns gerade nahe liegt. Alles entferntere erscheint uns in verkleinertem Maßstabe, während das nähere in seiner unmittelbaren Größe sich unserm Auge vorstellt und vielmals als undurchsichtbare Scheidewand unsern Fernblick hemmt.

Was ist nun das nähere, das in der Landfrage uns hindert, weiter in die Ferne zu schauen? (Es sei nochmals bemerkt, daß ich hier nur zeigen möchte, wie verschiedene Parteien über die Landfrage urteilen. Auf den sozialistischen Anschauungen bleibe ich länger stehen, weil ihr Programm erstens groß ist, und weil es zweitens teilweise in Rußland jetzt verwirklicht werden wird).

Vor allem liegt uns das angenehme Bewußtsein, ein eigenes Grundstück zu haben, vor Augen. „Klein, aber mein!“ ist die Lösung, die diesem angenehmen Bewußtsein entspringt.

Dieses Gefühl ist allen Menschen eigen, nur nicht in gleichem Grade. Bei dem deutschen Bauern, der schon von alterher gewohnt ist, auf seiner Scholle zu sitzen, ist es stärker; beim russischen, der erst im Jahre 1861 zu einem eigenen Grundstück kam, ist es schwächer. Der Deutsche verhält sich mit Abneigung gegen die Aufhebung des Eigentumsrechts, der Russe nicht.

Außer diesem angenehmen Bewußtsein, auf einem eigenen Grundstück festzusetzen, spricht ein anderer, viel wichtigerer Umstand für die Beibehaltung des Privatgrundbesitzes. Leute der Praxis, sowie Leute der Theorie weisen nicht ohne Grund darauf hin, daß wir Menschen immer das besser machen, was wir für uns selbst machen, daß wir immer dann gründlicher arbeiten, wenn wir auf eigenem Boden unsere Arbeitskraft anwenden, statt sie zu verkaufen.

Wenn ich nicht weiß, ob das Land morgen mir gehören wird, werde ich wohl Lust haben, es gut zu bearbeiten? Ich werde es düngen, allen Saft herausziehen und dann einem andern überlassen, — so urteilt man gewöhnlich, und bei den heutigen Verhältnissen ist das auch ganz richtig.

Weiter folgt ein solcher Einwand. Triebfeder des heutigen wirtschaftlichen, also auch gesellschaftlichen und politischen Lebens ist die Möglichkeit, sich Privatbesitz zu erwerben. Nehmt dem Menschen diese Möglichkeit, und er wird müßlos die Hände sinken lassen: die Maschinen werden stocken, die Äcker werden vergrasen, das Leben wird einschlafen.

IX.

Nun, erlaubt mir zu sagen, was wir Sozialisten über diese Befürwortung des Privatbesitzes denken, und was wir überhaupt vom Privatbesitz halten.

Es ist angenehm, ein eigenes Grundstück zu haben. Gewiß. Aber wer etwas weiter schaut, der wird bemerken, daß das Besitzrecht auch eine unangenehme Seite aufweist. Es birgt nämlich in sich die Möglichkeit, andre für den Besitzer arbeiten zu machen, andre zu knechten.

Wenn jedermann gerade sein Grundstück hätte und darauf arbeitete, wäre ja auch weiter nichts einzuwenden. (Über die Frage des Groß- und Kleingrundbesitzes siehe Nr. 10). Die Sache ist aber die, daß ein Landbesitzer durch sein Besitzrecht nicht nur das angenehme Gefühl hat, ein eigenes Grundstück zu besitzen, sondern daß er durch dieses sein Besitzrecht Stärke gewinnt, seinen Mitmenschen im Kampfe ums Dasein auf Schritt und Tritt zu besiegen. In der Folge hat einer das angenehme Gefühl, sagen zu können: das ist mein! Der andre aber hat das Gefühl, daß seine Arbeits-

kraft entwertet ist und zu einem Spottpreis losgeschlagen werden muß.

Die Individualisten (Nichtsozialisten) sind auf Seiten des erstereu und sagen: er hat 's gepackt, also ist er lebensfähiger, und also muß er herrschen. Die Sozialisten sind auf Seiten des zweiten und sagen: wenn er 's im Kampfe ums Dasein verspielt hat, so vielleicht gerade deshalb, weil er ehrlicher war, als sein Gegner, weil er schlechte Mittel schenkte; vielleicht aus Zufall; wenn aber aus Schwäche, so müssen jene, denen mehr gegeben ist, sich nicht zu Herren aufwerfen, keine solche Vorzüge aus ihrer günstigeren Lage ziehen, die in Zukunft ihrem Gegner den Kampf noch mehr erschweren, d. h. wir dürfen uns persönlich keine Produktionsmittel (Land, Maschinen) aneignen; denn wenn wir mal eine Maschine oder Land in der Hand haben, der andre aber nur seine Arbeitskraft, so ist's um ihn geschehen: er ist unser Knecht.

(Fortsetzung folgt.)

Ein deutscher Sozialist

Für die „Kauf. Post“, aus Helenendorf nach der Liste von Herrn Ernst Hummel eingegangen:

Friedr. Maurer II. 3 Rbl., Georg Botteler III. 5 Rbl., Georg Botteler II. 10 Rbl., Gottlob Botteler I. 10 Rbl., Friedr. Dutt 3 Rbl., Eduard Wenckler 1 Rbl., Albert Wenckler 3 Rbl., Adolf Breitmeier 3 Rbl., Gustav Frid 3 Rbl., Gottlieb Hurr 5 Rbl., Friedr. Bohrer II. 50 Rbl., Christoph Bohrer I. 100 Rbl., Eduard Hummel 20 Rbl., Otto Beck II. 5 Rbl., Ernst Bette 1 Rbl., Julius Beck 1 Rbl., Beathe Suslin 6 Rbl., Gottlob Bohrer 100 Rbl., Karl Hohloch 3 Rbl., Heinrich Bohrer 100 R., Wilhelm Hurr 50 Rbl., Heinrich Hurr II. 12 Rbl., Emil Beck I. 5 Rbl., Wilhelm Beck 3 Rbl., Gottlieb Diegel 5 Rbl., Johannes Schäfer 1 Rbl., Jakob Botteler 5 Rbl., Heinrich Botteler I. 10 R., Ernst Siegenthaler 5 Rbl., Christoph Bohrer II. 100 Rbl., Ernst Hummel 50 R., Albert Säglar 1 R., Gottlieb Hummel 100 R., Heinrich Hummel 50 R., Olga Zimmer 1 R., Adolf Krauß 10 R., Gottlob Hummel 50 Rbl., Albert Hummel 50 Rbl., Emanuel Dyingemach 5 Rbl., A. Andriß I. 1 Rbl., Albert Straßer 10 Rbl., Wilhelm Kühfuß 50 Rbl., Johannes Breitmeier 100 Rbl., Hermann Frid 1 Rbl., Tobias Wakenhut 1 Rbl., Johannes Wakenhut 2 Rbl., Jakob Diegel 1 Rbl., Albert Frid I. 5 Rbl., Joh. Hummel III. 10 Rbl., Gottlieb Wader 1 Rbl., Joseph Wader, 5 Rbl., Samuel Wakenhut 1 Rbl., Gottlob Wakenhut 5 R., Christian Zäuer 5 Rbl., Ernst Beck 1 Rbl., Jakob Eisenbarth 1 Rbl., Gottlieb Wucherer 1 Rbl. Im ganzen 1146 Rbl.

Verichtigung

In Ergänzung des Auszugs aus dem Protokoll der letzten Delegiertenversammlung teilen wir mit, daß Mariensfeld durch Herrn Hg und Elisabeththal durch Herrn Frid vertreten waren, und daß beide Herren in der Kommission, die die Summen für den Nationalfonds auf einzelne Kolonien zerlegte, gearbeitet haben.

Herausgeber: Das 3.-R. des transkauk. deutschen Verbandes

Redakteur: L. Rotheder.

Für die „Kauk. Post“ werden

Setzerlehrlinge gesucht.

Anfangsgehalt — 60 Rbl. monatlich.